

Lehrer warnen vor Bildungsabbau

Mindestens 180 Millionen wurden seit 2013 bei der Bildung gespart – noch einmal so viel soll folgen

Die kantonalen Sparpakete liessen die Bildung ausbluten, sagt der Lehrerverband. Er hat erstmals ausgerechnet, wie hoch die Einbussen in der Deutschschweiz sind.

Katharina Bracher

18 von 21 Deutschschweizer Kantonen haben zwischen den Jahren 2013 und 2018 Sparmassnahmen in der Bildung entweder geplant oder schon realisiert. Dies ergibt eine Umfrage des Lehrerdachverbandes (LCH). «Wir gehen von mindestens 180 Millionen Franken Bildungsabbau aus, der seit 2013 erfolgt ist», sagt LCH-Zentralsekretärin Franziska Peterhans. Das seien jedoch nur jene Sparbeiträge, die eindeutig identifizierbar seien. «Einen Teil der Kosten für die Bildung übernehmen die Gemeinden», sagt Peterhans. Wie viel auf kommunaler Ebene eingespart wurde, hat der LCH in seiner Umfrage nicht erhoben. Hingegen wurde erfasst, welche Sparmassnahmen

in den Kantonen künftig anfallen. «Wir gehen von mindestens 180 Millionen Franken aus, die in den Kantonen bis 2018 eingespart werden müssen», sagt Peterhans.

Ein Grossteil betreffe die Anstellungsbedingungen der Lehrer: Pensumsreduktionen, Verschlechterung bei den Löhnen und den Sozialleistungen. Aber auch der Unterricht sei mit zweistelligen Millionenbeträgen vom Abbau betroffen. «Häufig sind Klassenvergrösserungen, Lektionenabbau und Streichung von Freifächern und Extra-Stunden, die es dem Lehrer erlauben würden, sich intensiver mit den Lernproblemen der einzelnen Schüler zu befassen», sagt Peterhans. Aber auch mit Gebühren versuchten die Kantone zu sparen, etwa indem die Eltern vermehrt zur Kasse gebeten würden.

Weniger Geld pro Schüler

Zuletzt hat der Kanton Zürich seine Sparpläne öffentlich gemacht. Am Freitag gab die neue Bildungsdirektorin Silvia Steiner



Im Bildungsbereich werden immer grössere Summen gespart. Turnunterricht in Zürich. (12. März 2015)

Bildungsdirektor noch Spielraum für Einsparungen. «Es hat unzählige Landgemeinden, die ganz kleine Klassen haben», sagt Amsler. Die Zusammenlegung zwischen den Gemeinden müsse unbedingt geprüft werden.

Eine Methode, die man im Kanton Baselland bereits angewendet hat. Trotzdem habe das am Spardruck nicht viel geändert, sagt Roger von Wartburg vom Baselbieter Lehrerverband. «Es ist das dritte Sparpaket in zwölf Jahren, die Bildung ist jedes Mal erheblich betroffen», sagt er.

Lieber auf die Privatschule

Auch die Baselbieter haben neu eine bürgerliche Bildungsdirektorin. Insgesamt 50 Millionen muss sie einsparen. «Es gibt Verschlechterungen bei den Anstellungsbedingungen», räumt Monica Gschwind (fdp.) ein. «Aber das betrifft nicht nur die Lehrer, sondern alle Kantonsangestellten.» Sie wolle vermeiden, dass die Volksschule einseitig von den Einsparungen betroffen sei. Deshalb prüfe man nun, den jährlichen Beitrag von 169 Millionen Franken, den der Kanton an die Universität Basel bezahle und der 20 Prozent des Budgets ausmache, zu reduzieren.

Bern baut derzeit 300 Vollzeitstellen auf allen Schulstufen ab. «Das passiert schleichend, indem nicht nur Klassen geschlossen, sondern einzelne Lektionen gestrichen werden», sagt Gewerkschaftsleiter Christoph Michel vom Lehrerverband Bern. Heute seien Klassen von 26 und mehr Schülern keine Seltenheit mehr. «So erstaunt es nicht, wenn Eltern sich bereits überlegen, die Kinder auf eine Privatschule zu schicken», sagt Michel. Dem widerspricht Bernhard Pulver (gp.), Bildungsdirektor des Kantons Bern. Die Privatschul-Quote sei nicht angestiegen. Weitere Sparpakete seien auch nicht vorgesehen. Und den Stellenabbau habe man durch Pensumschwankungen realisiert, sagt Pulver: «Es ist nicht so, dass es in Bern arbeitslose Lehrer gibt.»

Bildungsdirektoren

«Die Zahlen bewegen sich in einer neuen Dimension»

Die Kantone sprechen angesichts der Sparmassnahmen von Ressourcenbündelung, die Lehrer von Abbau. Was trifft zu? Bis zu einem gewissen Grad handelt es sich um einen Abbau. Die Zahlen bewegen sich in einer ganz neuen Dimension. Vor Jahren noch wurde die Bildung nur im Notfall angetastet. Das schmerzt mein Pädagogenherz.

Was ist heute anders?

Die Kosten in anderen Bereichen, denken Sie an das Sozial- und Gesundheitswesen, steigen unaufhaltsam. Darum muss es überall einen Abbau geben.

Die Lehrer sagen, es sei bereits viel gespart worden. Noch mehr

Christian Amsler



Der Freisinnige ist Präsident der Deutschschweizer Konferenz der Bildungsdirektoren und Schaffhauser Regierungsrat.

sei nicht vertretbar, da sich die Unterrichtsqualität sonst verschlechtere.

Seien wir ehrlich. Das Bildungswesen wurde in den letzten Jahren in allen Kantonen auch stark ausgebaut. Jetzt müssen wir Lieb-

gewonnenes loslassen. Ich denke etwa an die Berufswahlangebote.

Gespart wird, indem Klassen vergrössert und Lektionen gekürzt werden. Das wirkt sich auf den einzelnen Schüler aus.

Das ist der Hebel schlechthin, wenn man sparen muss. Grössere Klassen heisst, dass man Lehrer einspart. Es hat unzählige Landgemeinden, die ganz kleine Klassen haben. Interkommunale Kooperation kann das lösen. So braucht es auch keine Lektionskürzungen, welche die Unterrichtsqualität beeinträchtigen.

Wie gross darf eine Klasse sein?

Die optimale Grösse liegt irgendwo gefühlt bei 20 Kindern.

Das ist wohl auch aus wirtschaftlicher Sicht das Optimum. Wichtig ist aber, dass nicht nur bei der Volksschule gespart wird.

Bleiben die Hochschulen vom Sparkurs verschont?

Jedenfalls könnte dort noch mehr eingespart werden. Denn der Tertiärbereich ist in den letzten Jahrzehnten stärker gewachsen als die Volksschule. Auch die Hochschulen sollen sparen müssen.

Und wo sollen sie sparen?

Das müssen deren Leitungen sagen. Aber es gibt gerade in der Lehre Potenzial, etwa indem man die Studierendenzahlen besser steuert und massvoll Gebühren erhöht. (brk.)

Bund, AHV und SBB wollen Geld sauberer anlegen

Grosse Pensionskassen starten eine Offensive für verantwortungsbewusste Investments. Das Gewerbe ist verärgert und kündigt politischen Widerstand an.

Daniel Friedli

Zusammen verwalten sie mehrere Milliarden Vorsorgegelder. Nun wollen sie noch stärker darauf achten, dass dieses Vermögen nachhaltig angelegt wird und nicht in Firmen mit illegalen Machenschaften. Auf Initiative der Bundespensionskasse Publica, der grössten Pensionskasse im Land, planen mehrere Vorsorgeträger die Gründung eines «Verbands für verantwortungsvolle Kapitalanlagen». «Es werden derzeit Gespräche mit grossen institutionellen Investoren aus der Schweiz über eine mögliche Zusammenarbeit im Bereich Nachhaltigkeit geführt», sagt Stefan Beiner, Leiter der Anlagepolitik bei der Publica. Ziel sei es, «die aktive Wahrnehmung der Anlegerinteressen in diesem Bereich durch ein gemeinsames Vorgehen effizienter zu machen».

Welche Tätigkeiten der Verein dazu genau entfalten wird, ist noch nicht abschliessend geklärt.

Angedacht ist, dass er Wissen zum nachhaltigen Anlegen aufbaut, den Dialog mit Unternehmen aufnimmt und die Anlageportfolios seiner Mitglieder durchleuchtet und überwacht. Möglich wäre auch das Führen einer schwarzen Liste mit Unternehmen, in die man quasi als Ultima Ratio nicht mehr investieren sollte. Der endgültige Anlageentscheid bliebe dabei aber dem einzelnen Mitglied vorbehalten. Modell dafür ist zum Beispiel die Pensionskasse der Stadt Zürich. Sie führt heute schon eine solche Ausschlussliste, auf der Unternehmen wie der Bergbaukonzern Rio Tinto oder der Telekomkonzern Telia Sonera stehen.

80 Mrd. Fr.

So viel Vermögen vereinen die Pensionskassen von Bund und SBB sowie der Fonds der AHV auf sich.

Noch offen ist auch, wer sich dem Verein anschliessen wird. Bereits zugestimmt haben der AHV-Fonds und die Pensionskasse der SBB. Die Pensionskasse der

Post ist nach eigenen Angaben «sehr interessiert». Zum Mitmachen eingeladen wurde auch die Suva.

Auf Kritik stösst das Projekt beim Gewerbeverband. Er hat die Interessenten vor einer Woche per Brief dazu aufgerufen, das Projekt zu sistieren beziehungsweise von einem Beitritt abzusehen. Es gehe nicht an, dass quasi-öffentliche Institute über das Gesetz hinaus mit gemeinsamen Kriterien Anlagen und Märkte beeinflussen, heisst es darin. Der Verband befürchtet, dass die Anlagestrategie der Beteiligten zu stark verpolitisiert würde, und wittert gar einen Verstoß gegen das Kartellrecht. Er behält sich daher vor, das Projekt politisch oder rechtlich zu bekämpfen, wie Direktor Hans-Ulrich Bigler sagt.

Die Initianten halten der Kritik entgegen, man werde die Tätigkeit an bestehenden Gesetzen und geltenden internationalen Vereinbarungen und Normen ausrichten und nicht neu erfinden, was gut sei und was schlecht. Zudem stünden primär ausländische Unternehmen im Fokus und nicht Schweizer KMU. Genauer informieren wollen die Beteiligten dann, wenn die Gründung des Vereins erfolgt.

ANZEIGE

Mehr Futter für Ihr Sparschwein.